

THEMA IM LANDTAG

Transrapid-Unglück: SPD drängt weiter auf umfassende Aufklärung

Die SPD-Fraktion im Landtag hat weiteren Vorbereitungen für die mögliche Einsetzung eines Transrapid-Untersuchungsausschusses zugestimmt. Über einen entsprechenden Antrag von Bündnis 90/ Die Grünen wird nun im Ältestenrat beraten.

»Bereits bei diesen Beratungen im Ältestenrat erwarten wir eine abschließende rechtliche Prüfung des Antrages durch den Gesetzgebungs- und Beratungsdienst, damit der Untersuchungsausschuss ohne weitere Verzögerungen im Dezember seine Arbeit aufnehmen kann, wenn es nötig sein sollte«, sagte der SPD-Verkehrsexperte Gerd Will.

Obwohl das Transrapid-Unglück, bei dem am 22. September 2006 23 Menschen ums Leben kamen, bereits mehrfach Gegenstand von Anhörungen und Unterrichtungen im Landtag und dem für Verkehr zuständigen Ausschuss war, sind noch immer nicht alle Fragen beantwortet.

Fortsetzung Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,



Wolfgang Jüttner, Fraktionsvorsitzender

das Kabinett hat den Wahltermin auf den 27. Januar 2008 festgelegt. In gut 13 Monaten also wird in Niedersachsen eine neue Landesregierung gewählt.

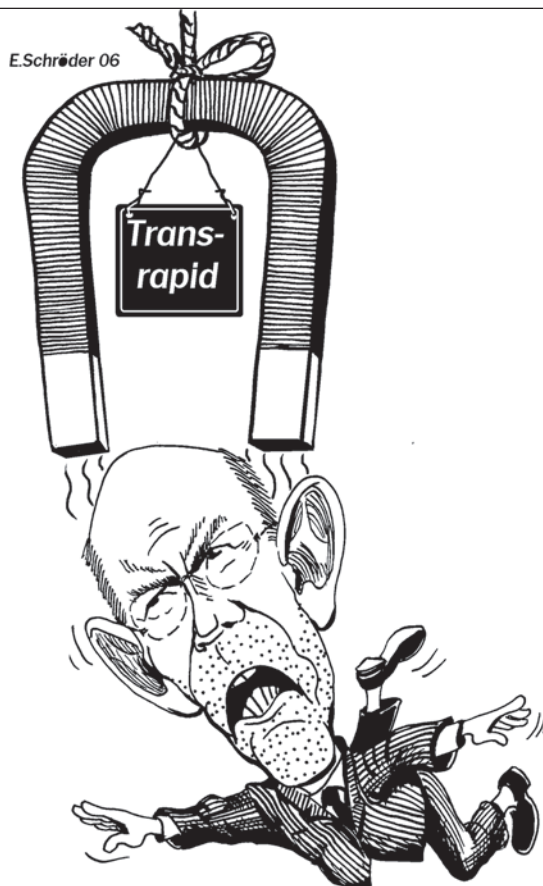
Jetzt gilt es. Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag wird die restliche Zeit nutzen, um den Menschen in Niedersachsen noch deutlicher ihre Alternativen zur jetzigen Wulff-Regierung deutlich zu machen. Und wir sind optimistisch, dass uns dies gelingen wird.

Die hinter uns liegende Landtagswoche hat einmal wieder gezeigt, dass das Kabinett Wulff ein »Schattenkabinett« im wahrsten Sinne des Wortes ist. Die Sozialministerin bot bei den dringlichen Anfragen zum Verkauf der Landeskrankenhäuser und zum Thema Harz IV ein Bild der Inkompetenz und der Wissenschaftsminister trug eine wolkige Regierungserklärung vor, in der Allgemeinplätze an die Stelle von Visionen traten.

Nicht nur an den Inhalten, auch am handwerklichen Können fehlt es diesem Kabinett. Die Debatte um den Transrapid-Unfall hat gezeigt: Der Wirtschaftsminister hat sein Ministerium nicht im Griff. Ich bin optimistisch, dass die Menschen in Niedersachsen dies merken. Die CDU/FDP-Regierung hat schon nach fünf Jahren abgewirtschaftet. Sie muss ausgewechselt werden. Wir werden unsere Alternativen für eine auf die Zukunft gerichtete Landespolitik in den nächsten Monaten zur Diskussion stellen.

Ever

W. Jüttner



Landesverkehrsminister in einem informationsmagnetischen Schwebezustand

Fortsetzung »Transrapid-Unglück: SPD drängt weiter auf umfassende Aufklärung«

Wirtschaftsminister Hirche war ganz offenbar nicht über die Serien von Pannen und Zwischenfällen in der Vergangenheit des Transrapid-Testbetriebs unterrichtet. Es ist auch noch immer nicht geklärt, ob der in München geplante Transrapid über ein Sicherheitssystem verfügen wird, das einen Unfall wie im niedersächsischen Lathen verhindert hätte. Dies haben der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG Mehdorn und Bayerns Wirtschaftsminister Huber erklärt.

Die DB Magnetbahn GmbH, bis Anfang 2006 auch Betreiber der Strecke im Emsland, und das Eisenbahn Bundesamt haben mit Hinweis auf die staatsanwaltlichen

Ermittlungen nicht an der öffentlichen Anhörung zum Transrapid-Unglück teilgenommen. Die DB Magnetbahn GmbH, die bereits eine Genehmigung für die Strecke in München beantragt hat, wird im Ausschuss am 24. November nun doch noch Rede und Antwort stehen.

Ob es im Dezemberplenum zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses kommen wird, hängt daher von den Erkenntnissen in den nächsten Wochen ab. »Die wichtigste Frage ist, ob es bereits heute eine automatische Sicherheitstechnologie gibt, die den Betreibern nach den Regeln der Technik verbindlich hätte vorgegeben werden können«, sagte der SPD-Abgeordnete Will. »Diese Frage muss der Landtag klären, wenn nötig auch durch einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss.«



Gerd Will, verkehrspolitischer Sprecher

Regierungserklärung zur Hochschulpolitik: Worthülsen ersetzen Inhalte

Am ersten Sitzungstag des November-Plenums im Niedersächsischen Landtag gab Wissenschaftsminister Stratmann eine Regierungserklärung zur Hochschulpolitik ab. Die Erwartungen waren hoch.

Eine Regierungserklärung soll dem Parlament und der Bevölkerung Niedersachsens deutlich machen, welche Lösungen der anstehenden Probleme geplant sind.

Der Handlungsbedarf ist bekannt. Die Hochschulen stehen mit dem Rücken an der Wand. Das Land erwartet endlich konkrete Vorschläge für die Bewältigung des bevorstehenden Ansturms junger Menschen auf die Hochschulen. Wirtschaftsinstitute schlagen Alarm, weil Niedersachsen zu wenig Hochschulabsolventen ausbildet. Ein Fachkräftemangel in

Niedersachsen droht und die Innovationskraft schwindet, wenn nicht endlich gegengesteuert wird.

»Was wir hier gehört haben, war keine Regierungserklärung, das war eher was fürs Feuilleton oder eine Abiturfeier«, kommentierte die hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Dr. Gabriele Andretta.

Andretta führte aus, dass das Hochschuloptimierungskonzept (HOK) Niedersachsen tausende von Studienplätzen kostet.

Doch damit nicht genug. Stratmann zwingt den Hochschulen einen Zukunftsvertrag auf, der die Hochschuletats für fünf Jahre einfriert. Sie werden darüber hinaus verpflichtet, Tarifsteigerungen selbst zu erwirtschaften. Das kostet die Hochschulen Jahr für Jahr 8 Millionen Euro. Hinzu kommen die Erwirtschaftung der millionenschweren jährlichen globalen Minderausgaben und jetzt sogar noch die Finanzierung des Ausfallfonds für Studiengebühren.

Der Erfolg des Hochschulpaktes muss sich allein daran messen lassen, ob es gelingt, bis 2010 bundesweit 90.000 Studienplätze zusätzlich zu schaffen. Aber nur wenn Niedersachsen selbst Geld in die Hand nimmt, gibt es auch Geld vom Bund. Die Vorbereitung der Hochschulen auf die kommenden starken Jahrgänge gehört zu den wichtigsten bildungspolitischen Aufgaben. Die SPD stellt sich dieser Aufgabe und nimmt die Verantwortung des Landes für die junge Generation an. Wir wollen 33 Mio. Euro bereits in den Haushalt für 2007 einstellen, um 10.000 Studienplätze an Niedersachsens Hochschulen zu schaffen.

Die SPD-Fraktion wird diese Studienplätze vor allem an Fachhochschulen schaffen.

Die SPD-Fraktion hatte Stratmann seit Monaten aufgefordert, 10.000 zusätzli-

Mangel an qualifizierten Kräften

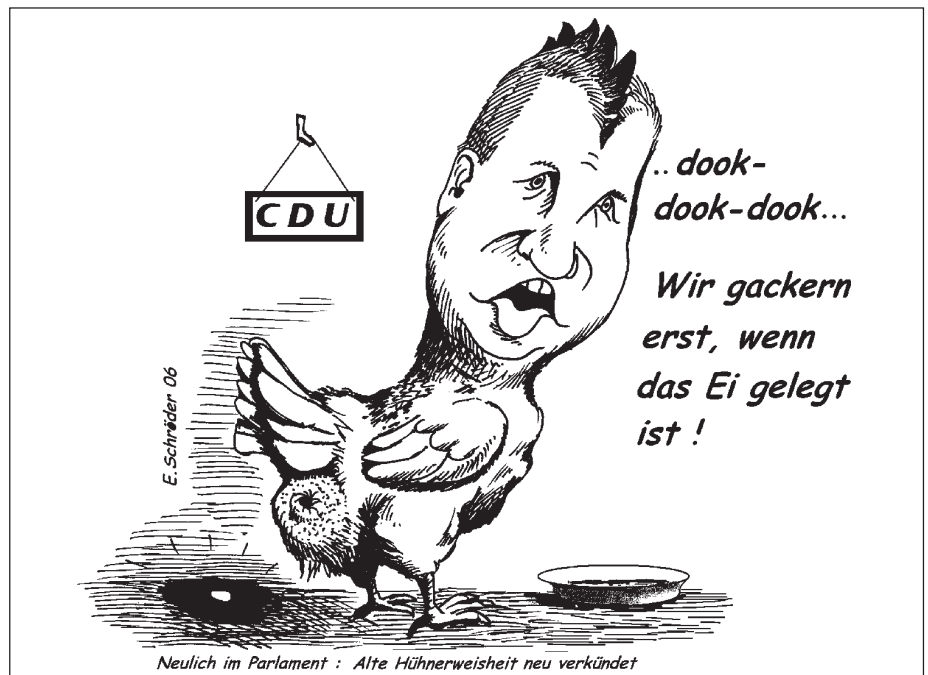
Niedersachsen hat einen Nachholbedarf bei qualifizierten Kräften. Dies belegt eindrucksvoll die aktuelle Studie »Bildung und Qualifizierung in Niedersachsen« des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung:

- In Niedersachsen werden im Bundesvergleich relativ weniger hoch qualifizierte Arbeitskräfte mit akademischem Abschluss eingesetzt. Gerade hier aber entstehen die neuen Jobs, die so dringend benötigt werden.
- Der Anteil junger Menschen mit Hoch- oder Fachhochschulreife fällt in Niedersachsen mit 31 Prozent eines Altersjahrgangs noch stärker zurück als im deutschen Durchschnitt mit 35%.
- Dramatisch wird diese Entwicklung dann, wenn auch noch die Studierneigung sinkt. Genau dies ist in den letzten Jahren zu beobachten. Trotz wachsender Zahl von Studienberechtigten ist die Zahl der Studienanfänger seit 2003 um mehr als 18 Prozent gesunken. Niedersachsen belegt damit den vorletzten Platz, nach uns kommt nur noch Sachsen-Anhalt. Im Bundesdurchschnitt sank die Zahl der Studienanfänger lediglich um 5,9 Prozent.

che Studienplätze zu schaffen. Und prompt versuchen die CDU und FDP wenigstens einen Teil der von Ihnen vernichteten Studienplätze neu zu schaffen. Dabei wird Stratmann in die Geschichte des Landes als größter Studienplatzvernichter eingehen: 5.588 Studienplätze vernichtet in nur drei Jahren, allein 1.700 in diesem Jahr – ein trauriger Rekord!

Die jetzt angekündigten 3,5 Mio. Euro sind ein Tropfen auf den heißen Stein und werden nicht ausreichen, um dem bestehenden Handlungsbedarf gerecht zu werden.

Die komplette Erwiderung auf die Regierungserklärung von Dr. Gabriele Andretta ist im Internet unter <http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=8604&lang=de> nachzulesen.



Verabschiedung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes

Im November-Plenum stand die Verabschiedung der Novelle zum Niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG) auf der Tagesordnung. Bei der Einbringung wurde sie von Minister Stratmann als Jahrhundertwerk gepriesen, welches Maßstäbe setze und die Welt aufhorchen ließe. In der Regierungserklärung spielte das NHG nur noch eine Nebenrolle. Aus gutem Grund: niemand will dieses Gesetz.

Das Gesetz weist nicht nach vorne, sondern fällt in vielen Bereichen hinter das bundesweit richtungsweisende NHG aus dem Jahre 2002 zurück. Dort wo bisher klare Zuständigkeiten geregelt waren, rühren jetzt viele im Brei und der Minister rührt immer mit.

Die SPD-Fraktion dagegen will den 2002 erfolgreich begonnenen Weg zu mehr Hochschulautonomie konsequent fortsetzen. Deshalb haben wir einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt:

Die Eigenverantwortung der Hochschule bei der Einrichtung von Studiengängen und den Berufungsverfahren wird ausgebaut und die Stiftungshochschulen bleiben für uns Motoren des Wandels und bekommen mehr wirtschaftliche Freiheit. Das Berufsrecht wird ihnen auf Dauer übertragen.

Mit der neuen Personalkategorie des Hochschuldozenten, im Angelsächsischen bekannt als »lecturer«, nehmen wir eine Forderung des Wissenschaftsrates auf und bieten eine klare Alternative zur Wiedereinführung des Akademischen Rates. Indem wir die Erhebung von allgemeinen Studiengebühren ausschließen, leisten wir einen Beitrag zu mehr Chancengleichheit und verhindern, dass sich nur noch Kin-

der aus reichen Familien ein Studium leisten können.

Der verabschiedete Gesetzentwurf der Landesregierung dagegen ist eine einzige Misstrauenserklärung an die Hochschulen. Zwar ist es dank einhelliger Proteste gelungen, im Beratungsverfahren die dicksten Klopfer einzukassieren. So musste dem Senat das Abwahlrecht des Präsidenten wieder zugestanden und die Entmachtung der Fakultätsräte rückgängig gemacht werden. Doch bezogen auf die wieder eingeführte Detailsteuerung und Gängelung der Hochschulen hat sich der Minister in der Beratung keinen Millimeter bewegt.

Nicht mehr viel ist übrig geblieben von der Aufbruchstimmung, die mit der Verabschiedung des NHG 2002 überall an den Hochschulen im Lande zu spüren war. Dazu passt, dass mit dem Gesetz die alte Ordinarienuniversität sich wieder aus der Gruft erhebt und Statushierarchien wieder hochgehalten werden. Rückschritte gibt es auch in der Gleichstellungspolitik. Frauenförderung wird nicht mehr explizit als Aufgabe der Hochschulen aufgenommen und die Beteiligungsrechte der Gleichstellungsbeauftragten wurden im Gesetz beschnitten. Diese Politik kann natürlich nicht



Dr. Gabriele Andretta,
wissenschaftspolitische Sprecherin

überraschen, da Gleichstellungspolitik der CDU generell ein Dorn im Auge ist und man doch gern zurück zu Adenauers Zeiten möchte.

Verlogen ist allerdings, dass ausgerechnet bei der Abschaffung von Beteiligungsrechten von Gleichstellungsbeauftragten auf die Autonomie der Hochschulen verwiesen wird. Gleiches gilt im Übrigen für die Beschneidung der Rechte der Personalvertretungen

Wie kommentierte es doch kürzlich der frühere Göttinger Professor und jetzige Rektor der Universität Karlsruhe, Professor Hippler: »Niedersachsen auf dem Weg in die Drittklassigkeit.«

Zügige Umsetzung des regionalen Integrationskonzeptes erforderlich Kultusminister Busemann muss aktiv werden

Die SPD-Landtagsfraktion hat den Entschließungsantrag »Mehr Integration für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf« (Drs.15/3272) ins November-Plenum eingebracht.

In den vergangenen Jahren hat sich durch das Konzept »Lernen unter einem Dach« und seiner Weiterführung als sonderpädagogische Förderung vor Ort viel in Richtung gemeinsamer Beschulung entwickelt. »Trotzdem besuchen 5.000 Kinder den Primarbereich der »Förderschule Lernen«. Insgesamt befinden sich 12.000 Kinder in den 1. bis 4. Schuljahrgängen der verschiedenen Förderschulen. Es bedarf deswegen eines stärkeren Engagements des Kultusministers Bernd Busemann, um die Integration an den Schulen voranzutreiben.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert, die regionalen Konzepte zur sonderpädagogischen Förderung in den Grundschulen auszuweiten. »Mit dieser Maßnahme wer-

den die Primarstufen der Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen entbehrlich. Dies ist ein weiterer Schritt zur Integration unserer Kinder. Die frei werdenden Lehrerstellen an Förderschulen sollen an die Grundschulen verlagert werden.

Konzepte zur Integration liegen vor und können weiterentwickelt werden. Erforderlich ist die unverzügliche Umsetzung der im Schulgesetz formulierten Zielsetzung. Im § 4 des Schulgesetzes heißt es, dass Schüler und Schülerinnen, die einer sonderpädagogischen Förderung bedürfen, an allen Schulen gemeinsam mit anderen Schülerinnen und Schülern erzogen und unterrichtet werden sollen. Schließlich brauchen wir mehr Integration statt weniger.



Ingrid Eckel,
schulpolitische Sprecherin

Wir wollen keinen einzigen jungen Menschen aufgeben Landtag berät SPD-Initiative für eine aktive Kinder- und Jugendhilfepolitik des Landes

Der kinder- und jugendpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Michael Albers hat der Landesregierung vorgeworfen, »die Axt an die Wurzeln der Jugendhilf Landschaft in Niedersachsen« zu legen.

Albers: »Unter dem Vorwand, das vom Landeskabinett geplante Ende von Landesjugendamt und Landesjugendhilfeausschuss sei nur eine behördeninterne Umorganisation, zieht sich die Wulff-Regierung aus ihrer Verantwortung für Kinder und Jugendliche zurück.«

Anlass war eine Aussprache im Landtag zu einer SPD-Initiative, die das Ziel hat, die Pläne der Landesregierung zurückzuweisen. Stattdessen soll die Anwalts- und Wächterfunktion der Kinder- und Jugendhilfe gestärkt werden.

Mit der geplanten Änderung des entsprechenden Landesgesetzes zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (AG KJHG) bereite die Landesregierung die Kommunalisierung der Kinder- und Jugendhilfe vor. Standards würden je nach Wohnort unterschiedlich, die Qualifizierung und Beratung zufällig.

Die SPD wolle demgegenüber keinen einzigen jungen Menschen verloren geben.

Albers: »Wir wollen keine Hilfen verweigern, einsparen oder abwerten, wenn deswegen ein Kind, ein Jugendlicher aufgegeben wird. Das kann und darf sich unser Land nicht leisten.« Albers wies darauf hin, dass die Landesregierung auch die demokratische und fachliche Mitbestimmung der Betroffenen abschaffen wolle. »Der bewährte Landesjugendhilfeausschuss wird ersetzt durch einen zahlenlosen Beirat.«

Auch der Versuch der Landesregierung, diese gravierenden Änderungen über den »Schleichweg« des Haushaltsbegleitgesetzes durchzusetzen, sei mehr als fragwürdig. Eine ernsthafte öffentliche Diskussion solle damit gezielt verhindert werden. Albers fragte: »Wo und wann werden die freien Träger, die allein 70 % der Jugendhilfeeinrichtungen stellen, beteiligt.«

Entlarvend sei schließlich, dass die Landesregierung ausgerechnet im laufenden »Jahr der Jugend« ein funktionierendes Instrument zerschlage, das mithilfe, Kin-



Michael Albers,
jugendpolitischer Sprecher

dern und Jugendlichen faire Entwicklungschancen zu geben. »Die Landesregierung führt damit das vom Landtag einhellig beschlossene »Jahr der Jugend« ad absurdum.

SPD-Fraktion fordert Masterplan für kulturelle Bildung

Die SPD-Fraktion brachte einen Entschließungsantrag zu einem »Masterplan für kulturelle Bildung in Niedersachsen« (Drs. 15/3269) in den Landtag ein. Dieser fordert die Landesregierung auf, die Förderung und Stärkung der kulturellen Bildung als wichtiges und notwendiges Element des schulischen und frühkindlichen Angebots zu entwickeln.

Die Debatte um Kultur im Bildungswesen weist zwei Stränge auf, die eng miteinander verflochten sind: Es geht erstens um frühkindliche Bildung und um Schule. Zweitens stellt sich die Frage, wie Kinder und Jugendliche an Kultur herangeführt werden können.

1. Frühkindliche Bildung und Schule

Die Möglichkeiten der kreativen Gestaltung, die ästhetische Erziehung vermitteln kann, haben hohe Bedeutung für die Entwicklung der Lernfähigkeit und der Persönlichkeit von Kindern. Wir brauchen dringend die Gestaltungsmöglichkeiten, die die kulturelle Bildung ermöglichen, da-

mit Kinder sich mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten in der Schule und im Kindergarten entwickeln können. Insbesondere die Ganztagschule bietet hierfür organisatorische und inhaltliche Perspektiven für die Kooperation mit kulturellen Einrichtungen.

2. Heranführung an Kultur

Kulturelle Bildung ist aber auch notwendig, um Jugendliche an Kultur heranzuführen. In Niedersachsen tut sich hier Nachholbedarf auf. Wenn das Interesse an Kultur im Elternhaus nicht geweckt wird, können Schulen diese Defizite bisher nur unzureichend ausgleichen. »Der RTL-



Christina Bührmann,
kulturpolitische Sprecherin

Gute Beispiele in anderen Ländern:

- In NRW wurde 1,5 Mio. Euro 2006 für ein Pilotprogramm »Kultur macht Schule« eingesetzt, für das Jahr 2007 sind 4,5 Mio. Euro angekündigt.
- Auch in Berlin gibt es Kooperationen an denen Musiker, Schauspieler, Regisseure und Tänzer beteiligt sind. Zu diesen Kooperationen zählt auch das »Education«-Projekt der Berliner Philharmoniker. Zu erwähnen ist beispielsweise der Film »Rhythm is it«, entstanden unter der Leitung von Sir Simon Rattle.
- Bayern hat eine Stiftung »art 131« für gesponserte Kunst- und Schulprojekte gegründet sowie ein Referat für kulturelle Bildung im Kultusministerium neu eingerichtet.
- Impulsgeber und Motor für die öffentliche Debatte kulturelle Bildung ist aber die Initiative der Kulturstiftung der Länder mit »Kinder zum Olymp«.

isierung müssen wir als Gesellschaft dringend Qualität entgegen setzen«, so die kulturpolitische Sprecherin Christina Bührmann.

Was bei der PISA-Studie für Mathematik und Lesen gilt, trifft genau so auf die kulturelle Bildung zu. Das Jugend-Kulturbarmeter, das von der Stiftung Niedersachsen konzeptionell und finanziell unterstützt worden ist, zeigt eindeutig mangelnde kulturelle Angebote für junge Niedersachsen auf. Junge Menschen in Niedersachsen bilden das Schlusslicht im Ländervergleich.

Veranstaltung zur Kulturwirtschaft

Am 30.10.2006 fand die Veranstaltung »Kreativ und Kulturwirtschaft: Strategien für Niedersachsen« statt.

Nach einem Referat von Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, gab es eine inhaltreiche Diskussion über die politische Strategie, wie das kulturwirtschaftliche Potenzial stärker genutzt und weiter entwickelt werden kann.

Die Ergebnisse sind im Internet unter <http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=8577&lang=de> zu finden.



Reinhard Richter (Moderation), Christina Bührmann (Mdl, kulturpolitische Sprecherin) und Olaf Zimmermann (Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, v.l.n.r.)

Land muss Sportstättenanierungsprogramm auflegen

Kein anderer gesellschaftlicher Bereich bindet und verbindet so viele Menschen wie der Sport. Nirgends sind so viele Menschen ehrenamtlich tätig wie in den Sportvereinen. Immer wenn es um Integrationsbemühungen geht, ist der organisierte Sport gefordert und stellt sich dieser Herausforderung. Damit das auch so bleibt, brauchen wir aber leistungsfähige und zukunftsfeste Sportstätten.

Im Rahmen der Sportstättenstatistik der Länder, Stand 1. Juli 2000, wurden für Niedersachsen rund 16 % der Großspielfelder, 21 % der Sporthallen und 15 % der Bäder als sanierungsbedürftig beurteilt. Der Deutsche Olympische Sportbund sieht im weiter steigenden Sanierungsbedarf das größte Problem der Sportstättenentwicklung. Nach aktuellen Erkenntnissen sind mindestens 40 % der Sportanlagen in den alten Bundesländern sanierungsbedürftig. Die ehemalige SPD-Landesregierung hatte auf diese Entwicklung reagiert und unter Sportminister Heiner Bartling für die Jahre 2001 bis 2004 das »100-Millionen-DM-Programm zur Sanierung und Förderung von Sportstätten« aufgelegt.

Mit einem Entschließungsantrag knüpft die SPD-Landtagsfraktion nunmehr an diese Erfolge an und fordert ein 100-Millionen-Euro-Sportstättenanierungsprogramm für die Jahre 2007 bis 2016. »Dieses Programm ist jedoch nicht nur wegen des Sportstättenanierungsbedarfs erforderlich, denn auch aufgrund der demografischen Entwicklung besteht Handlungsbedarf«, so SPD-Sportexperte Ingolf Viereck. »Die demografische Entwicklung bringt es mit sich, dass wir in den Städten

und Gemeinden, auf dem Land wie in den Zentren eine zunehmende Zahl älterer Menschen haben. Mit der veränderten Altersstruktur hat sich auch der Sportstättenbedarf verändert«.

Neben der sportpolitischen Notwendigkeit hat ein Sportstättenanierungsprogramm weitere positive Begleiteffekte, wie eine vom Landessportbund Niedersachsen in Auftrag gegebene Studie des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaft aufzeigt. Die Wissenschaftler hatten die regionalökonomischen und fiskalischen Effekte untersucht.

Bei einem Einsatz von 100 Millionen Euro auf zehn Jahre wäre insgesamt mit einem Steuerrückfluss in Höhe von 35 Millionen Euro zu rechnen. Zudem ist zu erwarten, dass rund 95 % der vergebenen Aufträge von Auftragnehmern innerhalb Niedersachsens und in aller Regel sogar von Auftragnehmern innerhalb der eigenen Region erledigt würden. Ausgaben für den Sportstättenbau stoßen demnach in besonderem Maße regionale Kreisläufe an und begünstigen die lokalen kleinen und mittleren Unternehmen. Das sind die Unternehmen, die vor Ort Gewerbesteuer zahlen und Arbeits- und Ausbildungsplätze bieten.



**Ingolf Viereck,
SPD Sportexperte**

»Aber es geht neben diesen wirtschaftlichen Überlegungen natürlich auch um eine soziale Dimension«, so Viereck. »Wir reden von Arbeitsplätzen, wir reden aber auch von sozialer Gerechtigkeit. Wir wollen keine Kommerzialisierung des Sports. Wir wollen nicht, dass der Sport zwischen privaten Anbietern und Sportvereinen aufgespalten wird. Wir wollen den Sportverein, der auch in Zukunft für Jung und Alt da ist, mit leistungsfähigen Sportstätten und als klare Alternative zu privaten Anbietern«.

Das »Niedersachsen-Netzwerk« – Die Landespolitik und unser Service für die Arbeit vor Ort

Für interne Informationen hat die SPD-Landtagsfraktion das »Niedersachsen-Netzwerk« aufgebaut. Registrierte Userinnen und User können sich auf der Internetseite www.spd-landtag-nds.de mit ihrem Passwort Zugang zum Intranet verschaffen. Hier sind zahlreiche exklusive Auskünfte über die Arbeit und Planungen, Strategien und Hintergründe zu finden; es gibt Downloads für Flugblätter, einen Artikeldienst, Musterpressemitteilungen, Tipps und Ratschläge für Kommunalpolitikerinnen und -politiker etc.

Neue Zugangsberechtigungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können zeitnah über Thilo Scholz (thilo.scholz@lt.niedersachsen.de, Tel. 0511/3030-4038) unter Angabe von Namen, E-Mail-Adresse, Telefonnummer und Wohnort vergeben werden.

Die Internet-Ausgabe des onlineTILs bietet über die kurzen Artikel hinaus weiterführende Informationen an. Ein Besuch der Homepage lohnt sich deshalb immer.

Termine • Termine • Termine

Dienstag, 05.12.2006 von 17:00 bis 19:00 Uhr

FES im Landtag

Nur Starke können sich einen schwachen Staat leisten – Die Notwendigkeit eines handlungsfähigen Staates.

Hauptreferat: Matthias Platzeck, Ministerpräsident des Landes Brandenburg

Niedersächsischer Landtag, Restaurant Leineschloss, Platz der Göttinger Sieben, 30159 Hannover

Weitere Informationen und Anmeldungen unter: FES-Büro Hannover, Tel. 0511/30 66 22, Fax 0511/30 61 33, hannover@fes.de

06. bis 08.12.2006

Landtagsplenum

Termine • Termine • Termine

Ehegattensplitting verfassungskonform umgestalten – Familienförderung stärken

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat sich dafür ausgesprochen, das Ehegattensplitting zu modifizieren. Künftig sollen Familien mit Kindern und nicht allein der Trauschein im Mittelpunkt der staatlichen Förderung stehen.

Ich warne jedoch vor überzogenen Erwartungen, die aus einer Veränderung des Splittings resultieren könnten. Wir dürfen die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht aus den Augen verlieren, nach der das Splitting eine Möglichkeit der leistungsgerechten Besteuerung von Eheleuten ist. Die steuerliche Berücksichtigung der wechselseitigen Unterhaltungspflichten von Eheleuten darf daher auch bei einer Neuregelung des Splittings nicht entfallen.

Gleichzeitig möchte ich darauf hinweisen, dass es mit der Lebenswirklichkeit nicht mehr übereinstimmt, wenn die kinderlose Alleinverdiener-Ehe steuerlich gefördert wird, das unverheiratete Paar mit Kindern aber keinerlei steuerliche Vorteile genießt. Ziel einer zukunftsgerichteten und auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgerichteten Politik muss

es aber sein, die finanziellen Lasten der Kindererziehung – unabhängig vom Familienstand der Elternteile – stärker zu be-

das verfassungsrechtlich gebotene Maß beschränken.

Die Modernisierung des Ehegattensplittings darf keinesfalls dazu missbraucht werden, Haushaltslöcher zu stopfen. Die daraus resultierenden Steuermehreinnahmen sind ausschließlich für den Ausbau und die qualitative Verbesserung von Kinderbetreuungseinrichtungen bzw. zur steuerrechtlichen Entlastung von Familien und Alleinerziehenden mit Kindern zu verwenden.

Ich begrüße ausdrücklich die Pläne der großen Koalition, die bisherigen Lohnsteuerklassen abzuschaffen, die den geringer verdienenden Ehepartner diskriminieren. Dies ist in den meisten Fällen noch immer die Ehefrau. Künftig soll der Lohnsteuerabzug für beide Ehepartner entsprechend ihres Anteiles am Familieneinkommen vorgenommen werden.



rücksichtigen. Die Splittingwirkung bei kinderlosen Ehen wollen wir hingegen auf

ner entsprechend ihres Anteiles am Familieneinkommen vorgenommen werden.

Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine

REGIONALKONFERENZEN:

Wolfgang Jüttner – NiedersachsenGerechter

Der niedersächsische SPD-Landesvorstand hat Wolfgang Jüttner einstimmig als Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2008 vorgeschlagen. In mehreren Regionalkonferenzen wird sich Wolfgang Jüttner der Partei als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten vorstellen. GenossInnen und Freunde der SPD sind zu diesen Veranstaltungen herzlich eingeladen.

Samstag, 18.11.2006 von 10:00 bis 12:00 Uhr
Regionalkonferenz SPD-Bezirk Nord-Niedersachsen
 SNOW DOME Sölden in Bispingen GmbH, Horsfeldweg 9, 29646 Bispingen
www.snow-dome.de

Mit: Wolfgang Jüttner, Vors. der SPD-Landtagsfraktion und nominierter Spitzenkandidat für die kommende Landtagswahl

und Garrelt Duin (MdB), SPD-Landesvorsitzender
 Begrüßung: Dieter Möhrmann (MdL), SPD-Bezirksvorsitzender Nord-Niedersachsen

Anmeldung: mit Angabe der Personenzahl bei:
bezirk@spd-nord-niedersachsen.de

Samstag, 25.11.2006 von 11:00 bis 13:00 Uhr
Regionalkonferenz SPD-Bezirk Hannover
 in Hannover im Künstlerhaus, Sophienstr. 2, 30159 Hannover
www.kuenstlerhaus-hannover.de

Mit: Wolfgang Jüttner, Vors. der SPD-Landtagsfraktion und nominierter Spitzenkandidat für die kommende Landtagswahl, Garrelt Duin (MdB), SPD-Landesvorsitzender, Hauke Jagau, Regionsprä-

sident, Wilfried Schulz, Schauspiel-Intendant und Geschäftsführer der Niedersächsischen Staatstheater Hannover GmbH und Helga Schwitzer, Gewerkschaftssekretärin der IG Metall Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.

Anmeldung: bis zum 23. November 2006 mit Angabe der Personenzahl beim:
 SPD-Bezirk Hannover, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover, Telefon 0511.1674-219, Telefax 0511.1317577
SPD-Bezirk.Hannover@spd.de oder über das Internet: www.spd-bezirk-hannover.de

Ausblick:

01.12. Regionalkonferenz SPD-Bezirk Weser-Ems; 02.12. Regionalkonferenz SPD-Bezirk Weser-Ems; N.N. Regionalkonferenz SPD-Bezirk Braunschweig

Generationengerechtigkeit schaffen – Pensionsfonds einrichten

Die SPD-Fraktion im Landtag hat die Landesregierung aufgefordert, dem Vorbild anderer Bundesländer und dem Bund zu folgen und einen Fonds für die Beamtenpensionen einzurichten.

»Das Land Niedersachsen hat in den letzten 60 Jahren keine finanzielle Vorsorge für die Versorgungslasten seiner Ruhestandsbeamten geschaffen. Die Pensionen müssen jeweils aus den laufenden Haushalten bestritten werden.«, sagte der finanzpolitische Sprecher der Fraktion, Dieter Möhrmann.

Die Aufwendungen für Pensionen betragen gegenwärtig 2,1 Milliarden Euro oder 10 % der Ausgaben und werden voraussichtlich bis zum Jahr 2025 auf 3,1 Milliarden oder 16 % der Ausgaben des Landes ansteigen. Das Land Rheinland-Pfalz hat bereits im Jahre 1996 einen Pensionsfonds eingerichtet, der sämtliche Versorgungsbezüge und Beihilfen aller nach dem 01.10.1996 ernannten Beamtinnen und Beamten finanzieren wird. Der Bund wird im Jahr 2007 einen vergleichbaren Fonds einrichten; andere Bundesländer, darunter Hessen, Bayern und Sachsen haben bereits Pensionsfonds in unterschiedlicher Ausgestaltung eingerichtet oder planen dieses.

Das Land Rheinland-Pfalz hat einen Pen-

sionsfonds geschaffen, der nach versicherungsmathematischen Grundsätzen die künftigen Pensionslasten neu eingestellter Beamter vollständig tragen wird. Es werden je nach Laufbahn monatlich Zuführungen von 27,7 % bis 38,8 % (Stand: ab 01.01.2007) des Bruttogehalts vorgenommen.

Die SPD-Fraktion hat im November eine öffentliche Anhörung zum Thema Pensionsfonds durchgeführt. Vertreter des Finanzministeriums Rheinland-Pfalz und des Bundesfinanzministeriums berichteten über ihre jeweiligen Erkenntnisse. Der Beamtenbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Bund der Steuerzahler standen dem Modell eines Pensionsfonds in der Anhörung grundsätzlich positiv gegenüber.

»Ein Pensionsfonds schafft Generationengerechtigkeit, weil die Aufwendungen für die Altersversorgung des Beamten in der Zeit des aktiven Dienstes erwirtschaftet werden müssen. Gleichzeitig dient der Fonds dazu, die tatsächlichen Kosten eines Beamten korrekt im Haushalt auszu-



Dieter Möhrmann,
parlamentarischer Geschäftsführer

weisen. Bisher scheint es auf den ersten Blick, als seien Angestellte teurer als Beamte, da für sie Sozialversicherungsabgaben zu entrichten sind. Durch die Einrichtung des Fonds werden die wahren Personalkosten ausgewiesen. Danach ist der Aufwand für Angestellte und Beamte annähernd gleich.«, so Möhrmann.

Rechtsextremismus an der Wurzel bekämpfen!

Die SPD-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, mit einem umfassenden Konzept gegen das stärker werdende Problem des Rechtsextremismus in Niedersachsen vorzugehen.

»Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind nach wie vor eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Demokratie und die politische Kultur in Deutschland. Vor allem bei vielen jungen Menschen macht sich eine bedenkliche Zunahme von nationalistischem, ethnozentristischem, antisemitischem Denken breit«, erklärte die SPD-Landtagsabgeordnete Sigrid Leuschner.

»Die Erarbeitung eines Rahmenkonzepts und der Start einer Bildungsinitiative gegen rechtsextremes Gedankengut ist – insbesondere nach Abschaffung der Landeszentrale für politische Bildung – notwendiger denn je«, sagte Leuschner. »Vor diesem Hintergrund fordert die SPD-Landtagsfraktion die Landesregierung mit einem Entschließungsantrag auf, pädagogische Maßnahmen zu ergreifen, um sozialer Verunsicherung entgegenzuwirken

und Hilfen für die Teilhabe an unserer Gesellschaft durch Mitgestaltung an gesellschaftspolitischen Prozessen zu entwickeln. Oberste Priorität muss der Ausbau von qualifizierten Ganztagschulen haben, denn ein gutes Bildungsangebot ist ein wesentlicher Bestandteil zur Beseitigung der Ursachen des Rechtsextremismus. Dieses Angebot muss aber durch Maßnahmen zur verstärkten Förderung von Kindern aus sozial benachteiligten Familien in Form von Familienzentren ergänzt werden«.

Hinweise auf die Gefahren der Zunahme rechtsextremer Einstellungen geben aktuelle wissenschaftliche Studien. Eine Untersuchung der Universität Bielefeld zum Thema »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Niedersachsen« kommt zu dem Ergebnis, dass das Ausmaß von Rechtspopulismus in Niedersachsen in den ver-



Sigrid Leuschner, MdL

gangenen Jahren um nahezu das Doppelte gestiegen ist. Eine erst vor wenigen Tagen von der Friedrich-Ebert-Stiftung ver-

öffentliche Studie der Psychologen Elmar Brähler und Oliver Decker hat gezeigt, dass rechtsextreme Einstellungen in allen gesellschaftlichen Gruppen und allen Bundesländern gleichermaßen hoch vertreten sind. Rechtsextremismus ist ein politisches Problem in der Mitte unserer Gesellschaft. In den Dimensionen des Rechtsextremismus zeigen Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus die höchsten Zustimmungswerte. In den alten Bundesländern verfü-

gen mit 9,1 % mehr Menschen über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild als in den neuen Bundesländern (dort 6,6 %). Mit steigendem Alter wächst die Zustimmung zu chauvinistischen, ausländerfeindlichen und antisemitischen Aussagen.

Besonders erschreckend ist, dass auch Bürgerinnen und Bürger, die sich eigentlich in der Mitte unserer Gesellschaft einordnen, auf genauere Nachfrage hin

rechtspopulistische Aussagen tolerieren und teilweise sogar unterstützen.

»Vor diesem Hintergrund brauchen wir dringend ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung des Rechtsextremismus«, erklärte Leuschner. »Es müssen endlich systematische und zielgerichtete Anstrengungen unternommen werden, um der rechtsextremistischen Subkultur den Boden zu entziehen«.

SPD legt Jugendstrafvollzugsgesetz vor

In Form eines umfangreichen Gesetzentwurfs hat die SPD-Landtagsfraktion ihre Eckpunkte für ein künftiges niedersächsisches Jugendstrafvollzugsgesetz in die Diskussion eingebracht.

»Ich halte es nach wie vor für einen verhängnisvollen Fehler, dass den Ländern im Rahmen der Föderalismusreform – gegen den Widerstand nahezu der gesamten Fachöffentlichkeit – die Zuständigkeit für die Bereiche Strafvollzug, Jugendstrafvollzug und Untersuchungshaft übertragen worden ist. Ich habe das Gefühl, dass die niedersächsische CDU-Justizministerin mit dieser Aufgabe überfordert ist«, erklärte die rechtspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Heike Bockmann. »Frau Heister-Neumann hat sich im Kreis der Justizministerkollegen auch bei diesem Thema isoliert. Immerhin zehn Bundesländer haben verabredet, diese wichtigen Bereiche einvernehmlich zu regeln. Sie haben sich zu einer Arbeitsgruppe zusammengeschlossen und unternehmen den ernsthaften Versuch, zu einheitlichen und klaren Maßstäben zu kommen. Diese Länder wollen aus der Bundesrepublik keinen Flickenteppich machen, und sie wollen auch nicht den Wettbewerb der Schädigkeit antreten. Leider gehört Niedersachsen nicht zu diesem Kreis der vernunftregierten Länder«.

Grundlage der Beratungen für ein Jugendstrafvollzugsgesetz ist ein vom Bun-

desjustizministerium erarbeiteter Gesetzentwurf, der in Fachkreisen auf große Zustimmung gestoßen ist. »Wir haben diesen Entwurf nahezu unverändert in den Landtag eingebracht, um auch die hiesigen Diskussionen in geordnete Bahnen zu lenken«, so Bockmann, und weil wir in einem parlamentarischen Verfahren unter Einbeziehung der Fachwelt und der Öffentlichkeit über den besten Strafvollzug für Jugendliche diskutieren wollen – so, wie es die anderen zehn Länder auch tun«.

Aus SPD-Sicht hat ein niedersächsisches Jugendstrafvollzugsgesetz folgende Mindeststandards zu erfüllen:

- Alleiniges Vollzugsziel bzw. Erziehungsziel muss sein, den Inhaftierten ein künftig straffreies Leben in Freiheit zu ermöglichen. Forderungen, weitere Vollzugsziele aufzunehmen, muss eine klare und eindeutige Absage erteilt werden.
- Die Jugendstrafanstalten sollen im Sinne der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ausreichend ausgestattete Schulabteilungen zur Bereitstellung eines differenzierten Lern- und Bil-



Heike Bockmann,
rechtspolitische Sprecherin

dungsangebotes haben. Die Rückfallquote ist bei Jugendlichen mit abgeschlossener Ausbildung erheblich niedriger als bei denjenigen, die keinen Schulabschluss haben.

- Familiäre Kontakte für die Inhaftierten müssen in einem größtmöglichen Umfang zugelassen werden, anders als bei Erwachsenen.
- Zur Förderung der sozialen Kontakte und zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft soll die Unterbringung in Einrichtungen, die dem offenen Vollzug zugerechnet werden, realisiert werden können.

»Unser Gesetzentwurf versetzt Niedersachsen in die Lage, das Beste aus dem Übergang der Gesetzgebungszuständigkeit zu machen«, so Heike Bockmann. »Ich hoffe sehr, dass CDU und FDP diese Gelegenheit nicht ungenutzt verstreichen lassen.«

Impressum

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1; 30159 Hannover, www.spd-landtag-nds.de

V.i.S.d.P.:

Dr. Cornelius Schley; Geschäftsführer SPD-Fraktion Niedersachsen

Redaktion:

Thilo Scholz (E-Mail: Thilo.Scholz@Lt.Niedersachsen.de)

Layout und Satz:

Andreas Schneider (E-Mail: Andreas.Schneider@LT.Niedersachsen.de)

SPD-Arbeitskreis Ernährung, Landwirtschaft und Ländlicher Raum in Brüssel

Die agrarpolitischen Themen werden maßgeblich durch die Welthandelsorganisation WTO und die Europäische Union bestimmt. Die Mitgliedstaaten sind dann gefordert hieran angepasst eine möglichst optimale Umsetzung zu gewährleisten. In Deutschland werden entscheidende Dinge auf Länderebene umgesetzt, wie z.B. die einzelnen Programmausgestaltungen, die für die Förderperiode 2000 bis 2006 durch ProLand in Niedersachsen erfolgt sind.

Die Mitglieder des zuständigen SPD-Arbeitskreises haben sich bei einem viertägigen Aufenthalt vom 15. bis 18.10.2006 in Brüssel einen Überblick über die Umsetzung der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums verschafft. Die Vertretung des Landes Niedersachsen bei der Europäischen Union hatte in enger Abstimmung mit dem Arbeitskreis die Organisation übernommen und ein umfangreiches, straffes Besucherprogramm vorgelegt. Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland mit Herrn Dr. German Jeub informierte ausführlich über die jüngsten Entwicklungen im Bereich Agrarpolitik und gab einen Ausblick auf die deutsche Ratspräsidentschaft. Verschiedene Vertreter der Generaldirektion Landwirtschaft berichteten und diskutierten mit uns über die Verwaltungsvereinfachung, die Transparenzinitiative der EU sowie die Politik des ländlichen Raumes. Experten bedeutsamer Interessenvertretungen referierten zu Themen wie Milchmarkt, Forstpolitik, Gentechnik oder Biomasse.

Ein Besuch im Wirtschafts- und Sozialausschuss eröffnete einen speziellen Blickwinkel auf die neue Förderperiode 2007-2013 – insbesondere zur Umsetzung der Verordnung des Rates über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER). Im Europäischen Parlament bestand die Möglichkeit an der Teilnahme zur Haushaltsdebatte, die mit großem In-



V.l.n.r.: Dieter Steinecke, MdL; Carola Sandkühler, parl. Ref.; Klaus Flee, MdL; Karin Stief-Kreihe, MdL, agrarpol. Sprecherin; Claus Johannßen, MdL; Dr. Oliver Köhn, Ref. Landwirtschaft, Fischerei und Verbraucherschutz der Vertretung des Landes Niedersachsen bei der Europ. Union; Rolf Meyer, MdL; Tania Zengerling, stellv. Leitern Vertretung des Landes Niedersachsen bei der Europ. Union

teresse verfolgt wurde. Die nachfolgende Diskussion mit MdEPs rundete die Bereisung umfassend ab.

Die Mitglieder des SPD-Arbeitskreises haben tiefgreifende neue Erkenntnisse und Zusammenhänge erfahren, die für die

politische Arbeit in Niedersachsen von Bedeutung sein werden. Das Pensum an Programmpunkten und Inhalten wurde dem mehrtägigen Aufenthalt gerecht und der lange Weg in Europas »Zentrale« hat sich in jedem Fall gelohnt.

Kommunalwahl 2006: Wahlen in der Sinnkrise? Wenn die Nichtwähler Wahlen entscheiden

Eine ernst-ironische Nachbetrachtung zur Kommunalwahl von Heinrich Aller, MdL

Die Kommunalwahlen in Niedersachsen sind gelaufen. Wieder einmal haben alle Parteien gewonnen. So richtig zufrieden konnte jedoch keine der Parteien sein.

Aber auch die Wählerinnen und Wähler müssen sich fragen lassen, ob sie mit massenhafter Wahlenthaltung das richtige Zeichen setzen. Wenn ausgerechnet in der doch noch überschaubaren Kommunalpolitik in machen Wohnquartieren die Wahlbeteiligung auf rund zwanzig Prozent fällt, müssen die Alarmglocken der Demokratie schrillen.

Durchschnittliche Wahlbeteiligung von rund 50 Prozent, nur 20 bis 30 vielerorts, bedeutet, dass in manchen Gegenden die Wahlbeteiligung deutlich höher als 50 Prozent liegen muss. Exakt das haben die Wahlanalysen bestätigt. Hohe Wahlbeteiligung in den klassisch bürgerlichen, niedrige Wahlbeteiligung in den klassisch sozialdemokratischen Hochburgen. Splittergruppen ganz rechts und ganz links.

Ein Blick auf die Karte der Region Hannover genügt, um den Zusammenhang zwischen der »sozialen Arbeitsteilung« zwi-



Heiner Aller, MdL

schen den Städten, Gemeinden – ja Stadtteilen – und bisweilen extremen Unterschieden bei der Wahlbeteiligung zu erkennen. Das Phänomen der Entfremdung von der Politik – »Die können ja sowieso nichts mehr entscheiden!« – ist demokratiegefährdend. Stecken die Wahlen in einer Sinnkrise? Politiker, Parteien und Politik müssen beweisen, dass sie nicht nur reden, sondern handeln, nicht nur versprechen, sondern auch durchsetzen können, wofür sie stehen.

Viel wird über die Gründe der Wahlenthaltung spekuliert. Mit Sicherheit tragen Parteien selbst und die immer komplizierter werdenden Zusammenhänge zwischen lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Politik zu der aktuellen Entwicklung bei. Dass aber ausgerechnet die Medien wieder einmal genau wissen, bei wem die Schuld an der Politikverdrossenheit abzuladen ist, macht stutzig. Kein Thema mehr ohne Ted-Umfrage. Kein Monat mehr ohne Politik- und Politiker-Hitliste. Warum, so mag man sich fragen,

noch zur Wahl gehen, wenn doch ständig befragt, gewählt und abgestimmt wird?

So richtig zum Thema passt da ein Präsent, das derzeit vielen Niedersachsen ins Haus geschickt wird: Eine CD mit Niedersachsen-Hymne und freundlichem Anschreiben. Über 4.000 Hörerinnen und Hörer haben bei Hit-Radio Antenne ihre Wahl getroffen. Die »Wahl der »60 größten Niedersachsen« – so wörtlich – hat sowohl »das Programm von Hit-Radio Antenne inhaltlich bereichert als auch eine beeindruckende Resonanz erfahren«. Na also, geht doch!

Eine Hörerbeteiligung von 4.000 bei der Abstimmung über den größten Niedersachsen. Das ist doch repräsentativ. Das hat doch Aussagekraft. Herbert Grönemeyer (Platz 1) könnte locker von sich behaupten, er sei nicht nur der Größte. Nein, er mit seiner Musik rangiert klar vor der Politik und deren Vertretern. Als einziger seiner Zunft kommt Gerhard Schröder unter den TOP 10 noch auf Platz 3.

Christian Wulff – beim Politbarometer ganz gut platziert – wird bei der Hit-Tabelle der großen Niedersachsen sogar von Oliver Pocher auf die hinteren Ränge verdrängt. Das lässt Sozialdemokraten hoffen.

Was soll also die Kritik an den Wählerinnen und Wählern? Sie wählen doch und stimmen ab. Sie beteiligen sich an Ted-Umfragen und an der Wahl zum »Tor des Monats«. Bei der Jackpot-Wahl machen sie sogar für viel Geld mehr als die elf Kreuze, die in einigen Regionen Niedersachsens am 10. September möglich waren. Die Beteiligung an Wahlen ist also über alles gerechnet viel höher als früher. Wichtig scheint zu sein das man/frau weiß worum es geht. Wie beim Lotto. Da geht es mathematisch gerecht zu. Es herrscht Chancengleichheit. Vielleicht sollte es die Politik wieder einmal mit der Betonung von »gerechter Umverteilung«, »Gerechtigkeit« und »verlässlichen Spielregeln« als Anreiz fürs Mitmachen versuchen.